

**Ergebnisprotokoll
der 32. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und
Energie vom 24.04.2014**

Beginn: 14.30 Uhr

Ende: 15.30 Uhr

Anwesende: I Deputation

1. vom Senat

Herr Senator Dr. Lohse
Herr Staatsrat Golasowski
Frau Staatsrätin Friderich

2. von der Bürgerschaft

SPD-Fraktion

Herr Hamann
Herr Jägers
Frau Metschies
Herr Gottschalk
Herr Pohlmann

CDU-Fraktion

Herr Hipp
Herr Imhoff
Herr Strohmann

**Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Frau Dr. Schierenbeck
Herr Saffe
Frau Dr. Schaefer

Die Linke

Herr Arndt

II Verwaltung

Herr Dr. Sünneemann
Frau Zimmermann
Frau Windeler
Herr Eickhoff
Herr Polzin
Frau Kamp
Frau Urban
Frau Prof. Dr. Reuther
Herr Krämer
Herr Viering
Herr Musiol
Herr Dr. Kumpfer
Herr Dr. Vogt
Herr Dr. Viebrock-Heinken
Frau Rüpke
Herr Runge
Frau Köhnlein
Frau Pieper

Der Senator für Umwelt, Bau und
Verkehr

ASV

III Gäste

Herr Becker

Umweltschutzamt Bremerhaven

IV Gastdeputierte

Herr Liess

SPD-Fraktion

Frau Kennard

SPD-Fraktion

Herr Sulimma

SPD-Fraktion

Herr Saxe

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Werner

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Neumeyer

CDU-Fraktion

Herr Senator Dr. Lohse begrüßt die Mitglieder und Gäste der 32. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
-------	-------------------------------------	--

Als **Tischvorlage** liegt eine Austauschseite zu **TOP 4** „Genehmigungsverfahren im Baurecht verkürzen“, sowie der **Nachtrag TOP 5 a)** „Mobilitätsberatung für Neubürgerinnen und Neubürger - Pilotprojekt für die Stadtgemeinde Bremen“ vor. Dieser Top wurde von der städtischen Sitzung in die staatliche Sitzung verschoben.

Ausgesetzt wird **TOP 6c** Sachstand zum Beschluss der Bremischen Bürgerschaft „Stromsperrern weitestgehend verhindern - Präventive Maßnahmen erweitern“

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

TOP 2	Genehmigung von Protokollen (hier: - Protokoll der Sondersitzung am 28.02.2014 - Protokoll 18/31 der Sitzung am 13.03.2014)	L/S
--------------	--	-----

Zum Protokoll der Sitzung vom 13.03.2014:

Herr Jägers bittet in seinem Beitrag auf Seite 7 um Korrektur der Anzahl der leerstehenden Wohnungen in Bremerhaven auf 3.000 bis 4.000.

Das Protokoll wird entsprechend geändert.

Zum Protokoll der Sondersitzung vom 20.02.2014:

Auf Antrag von Frau D. Schaefer wird die Formulierung auf Seite 6/ 7 wie folgt präzisiert:

Ziel sei es, die Umsetzungsmaßnahmen zum Landschaftsprogramm im Einvernehmen mit den Betroffenen – z.B. mit den Landwirten- zu realisieren. Bei landwirtschaftlicher Betroffenheit solle zudem auch die Landwirtschaftskammer als Institution einbezogen werden.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt den vorgelegten Protokollen zu.

TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
--------------	---	-----

Herr Strohmann möchte wissen, wann sein Bericht zur Lärmbelastung in Arsten und Habenhausen vorgelegt werde.

Herr Polzin erklärt, dass die Fragen von Herrn Strohmann mit dem BdV „A 281 - Bauabschnitt 2/2 zügig und anwohnerverträglich realisieren“ in der Sitzung am 09.01.2014 beantwortet worden seien.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

TOP 4	Genehmigungsverfahren im Baurecht verkürzen Bericht der Deputation an die Bremische Bürgerschaft -FB 01-	Vorlage 18/373
--------------	---	-------------------

Herr Senator Dr. Lohse weist auf die Austauschseite mit der **geänderten Beschlussempfehlung für die Bremischen Bürgerschaft** hin. Diese lautet nun:

„Die staatliche Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie empfiehlt der Bremischen Bürgerschaft (Landtag), eine Beschlussfassung über den offenen Antrag der CDU bis zur Entscheidung über eine anstehende Novellierung der Bremischen Landesbauordnung auszusetzen.“

Herr Imhoff möchte wissen, wann mit der Novellierung der Landesbauordnung zu rechnen sei.

Herr Viering erklärt, dass derzeit die Abstimmung mit den Trägern öffentlicher Belange erfolge. Er rechne damit, dass das Verfahren zur Novellierung noch in diesem Jahr begonnen werden könne.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) stimmt dem Berichtsentwurf des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr entsprechend der Anlage zu und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr um dessen Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag).

Einstimmig

TOP 5	Produktgruppencontrolling (Produktplan 68 –Umwelt, Bau und Verkehr–) mit Stand 13. Monat 2013 -1-	Vorlage 18/352	L/S
--------------	---	-------------------	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt Kenntnis.

Einstimmig

TOP 5a	Mobilitätsberatung für Neubürgerinnen und Neubürger Pilotprojekt für die Stadtgemeinde Bremen - 50-	Vorlage 18/378
---------------	---	-------------------

Herr Jägers hätte erwartet, dass sich der VBN auch finanziell an dem Projekt beteilige. Diesem würden durchaus neue Kunden zugeführt. Weiter weist er daraufhin, dass auch die Wege zur Arbeit und zur Schule zu einer Neubürgerberatung dazu gehörten, ebenso wie ein Schnupperangebot für den ÖPNV.

Herr Strohmann erklärt, dass seine Fraktion gegen die Vorlage stimmen werde. Kosten und Nutzen stünden hier in keinem Verhältnis.

Herr Saxe berichtet dass in München, wo ein solche Projekt erstmalig erprobt wurde, erhebliche Umsteuerungsanreize geschaffen und Wirkungen festgestellt werden konnten, vor allem zum ÖPNV hin. Das Projekt werde evaluiert, um zu sehen, ob es tatsächlich wirksam sei. Es sei erforderlich, nicht nur bestimmte Angebote bereitzustellen, sondern auch darüber zu informieren. Für das Ziel, den Umweltverbund voranzubringen sei es ein sehr guter Baustein.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt die Vorlage zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, die Mobilitätsberatung für Neubürgerinnen und Neubürger für die Stadtgemeinde Bremen als Pilotprojekt probeweise für zwei Jahre einzuführen und der Deputation über die Ergebnisse zu berichten.

Zustimmung bei Ablehnung der Fraktion der CDU

TOP 6	Berichte der Verwaltung	
TOP 6a)	„Kommissionsvorschlag für einen Klima- und Energierahmen bis 2030“ sowie „Luftqualitätspaket der Kommission“ -1-10-	BdV schriftlich

Frau Dr. Schierenbeck führt aus, dass der gerade vorgelegte dritte Teil des Weltklimaberichtes eine Botschaft an die Politik sei, endlich zu handeln. Die in dem Bericht dargelegten Szenarien zeigen, dass die Temperatur nicht auf +2 Grad begrenzt werden könne, sondern dass es zu einer mittleren Erhöhung um 3,7 bis 4,8 Grad bis zum Ende des Jahrhunderts kommen werde, wenn keine zusätzlichen Maßnahmen getroffen werden. Deswegen sollte die Deputation den Bericht nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern klarstellen, dass das, was die Kommission vorschlage, zu wenig sei. Der Senat solle daher gebeten werden, sich entsprechend dafür einzusetzen. Sie schlägt vor, dem Beschluss folgende Ziffer 2 hinzuzufügen: *„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) erklärt, dass der Kommissionsvorschlag für Klimaziele bis 2030 mit einer CO₂-Reduktion von 40 Prozent und einer Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien auf 27 Prozent sowie ohne konkrete Zielvorgaben für die Energieeffizienz nicht ausreicht, um das 2 Grad-Ziel zu erreichen. Sie bittet den Senat, sich für ein ambitionierteres Klimaschutzziel von mindestens 55 Prozent CO₂-Einsparung bis 2030, konkrete Vorgaben für die einzelnen Mitgliedstaaten im Bereich der Erneuerbaren sowie verbindliche Ziele zur Steigerung der Energieeffizienz einzusetzen.“*

Herr Gottschalk unterstützt diesen Vorschlag. Zum Luftqualitätspaket der Kommission möchte er wissen, ob strengere Sanktionen seitens der EU bei Überschreitung der Höchstwerte zu erwarten seien.

Herr Senator Dr. Lohse berichtet, dass die Europäische Kommission in verschiedenen Gesprächen immer wieder darauf hingewiesen habe, dass sie plane, die Feinststaubfraktion PM_{2,5} schärfer zu regulieren. Bisher sei es schwierig gewesen, solche kleinen Korngrößen messtechnisch zu unterscheiden. Dafür seien jetzt Messmethoden entwickelt worden. Daher rechne er tendenziell mit einer Verschärfung in die Richtung, dass ein PM_{2,5}- Ziel zusätzliche neben dem PM₁₀- Ziel formuliert werde. Bremen habe im Vergleich mit anderen Städten eine vergleichsweise geringe Zielverfehlung bei den Stickoxiden.

Frau Kamp bestätigt diese Einschätzung. Die Luftqualitätsrichtlinie sehe im Grundsatz keine deutlichen Verschärfungen vor, sondern stelle für bestimmte Kleinstpartikel erstmalig Grenzwerte auf. Die PM_{2,5} seien lungengängig und daher gesundheitsschädlich. Eine

europaweite Regelung dafür sei zu begrüßen. Bisher sei ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Bremen noch nicht eingeleitet worden, sondern nur angedroht. Im Moment werde diskutiert, wie mit bestimmten Städten innerhalb Deutschlands umzugehen sei, die die Luftqualitätsziele nicht erreicht haben. Bremen sei bei den Stickoxiden ziemlich nah am zu erreichenden Grenzwert dran, im Gegensatz zu anderen deutschen Städten. Ob tatsächlich ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet werde, sei offen.

Herr Imhoff möchte wissen, ob es neben der Umweltzone, die ja vornehmlich die Feinstaubbelastung reduzieren sollte, weitere Ansätze zur Reduzierung der Stickoxidbelastung gebe.

Herr Senator Dr. Lohse erläutert, dass Standards für Stickoxide erst mit der Euro 5/ Euro6 – Norm für PKW – verbessert werden könnten. Diese Fahrzeuggeneration komme erst jetzt langsam in den Markt hinein. Die Europäische Kommission habe einerseits die Übergangszeiten bei den Automotoren bis zum Jahr 2020 und länger vorgesehen und andererseits den Standard für die Luftreinhaltungsziele sehr früh verlangt. Allerdings habe auch Deutschland sich maßgeblich für das späte In Kraft Treten bei den Abgasstandards eingesetzt. Die Belastungswerte in der Stadtluft gehen zu rund zwei Dritteln von den Abgasen der Kfz aus. Deswegen seien die Möglichkeiten für Bremen beschränkt und man setze auf den Trend, dass die Fahrzeugflotte von Jahr zu Jahr sauberer werde. Die Europäische Kommission schlage als weitergehende Maßnahmen Fahrverbote in der City oder eine City- Maut vor.

Beschluss:

1. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*
2. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) erklärt, dass der Kommissionsvorschlag für Klimaziele bis 2030 mit einer CO₂-Reduktion von 40 Prozent und einer Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien auf 27 Prozent sowie ohne konkrete Zielvorgaben für die Energieeffizienz nicht ausreicht, um das 2 Grad-Ziel zu erreichen. Sie bittet den Senat, sich für ein ambitionierteres Klimaschutzziel von mindestens 55 Prozent CO₂-Einsparung bis 2030, konkrete Vorgaben für die einzelnen Mitgliedstaaten im Bereich der Erneuerbaren sowie verbindliche Ziele zur Steigerung der Energieeffizienz einzusetzen.*

Einstimmig

TOP 6b)	Energiesparprogramm für öffentliche Gebäude -2-	BdV schriftlich
----------------	---	--------------------

Frau Dr. Schierenbeck wirft die Frage auf, weshalb die Stellenbesetzung bei IB erst im Sommer erfolgen könne, obwohl das Programm seit Anfang des Jahres laufe. Zusätzliche Stellen sollen für das Energiesparcontracting geschaffen werden. Es sei fraglich, ob diese nötig seien, da in letzter Zeit die angestrebte Zahl von drei Projekten im Jahr ohnehin nicht erreicht werden konnte.

Herr Gottschalk hält das Tempo der Umsetzung ebenfalls für unbefriedigend. Er möchte wissen, ob tatsächlich mit einer Stellenbesetzung im Sommer gerechnet werden könne oder ob weitere Verzögerungen zu erwarten seien. Für das Austauschprogramm „Weiße Ware“ würden 100.000 € bereitgestellt. Er möchte wissen, ob das in Form eines konzertierten

Aktionsprogrammes durchgeführt werden solle, um durch große Bestellmengen größere Rabatte auszuhandeln.

Frau Dr. Schaefer weist darauf hin, dass zwar ein neuer Kühlschrank mit hoher Energieeffizienzklasse besser sei, als ein uralter Kühlschrank. Gleichwohl werde auch bei der Produktion von neuen Geräten Energie verbraucht und CO₂ freigesetzt. Der gesamte Lebenszyklus eines Gerätes von der Herstellung bis zur Entsorgung – müsse daher in der Prüfung berücksichtigt werden. Energetisch lohne es sich in der Gesamtbilanz nicht immer, ein Altgerät auszutauschen, wenn es noch funktioniere.

Herr Dr. Vogt berichtet, dass Grundlage für die Arbeit der Arbeitsgruppe das vom Senat beschlossene Konzept sei, das vorsehe, die Mittel auf zwei Schwerpunkte zu konzentrieren. Im Bereich Energiesparcontracting finden wegen der Personalfragen im Moment keine Fortschritte statt, so dass sich die Arbeiten auf den zweiten Schwerpunkt konzentrieren müssten. Dazu gehöre die Konzipierung von Energiesparmaßnahmen in Liegenschaften, die im Wesentlichen aufgrund ihrer Größe für ein Energiesparcontracting nicht geeignet seien. Hier knüpfe die Arbeitsgruppe an das Projekt EnerKita an, in dessen Rahmen es bereits Vorschläge für konkrete Maßnahmen auf der Basis der Begehungen von Kindertagesstätten gebe. Ziel sei, mit der Umsetzung dieses Maßnahmenpaketes zu beginnen. Von daher stelle sich weniger die Frage nach Kriterien. Vielmehr müssten konkrete Projekte umgesetzt werden. Es sei tatsächlich zu erwarten, dass die Stelle bei IB im Sommer besetzt werde. Für die zusätzlich eingeforderten Stellen seien IB und die SF verantwortlich. Für die Richtlinie gebe es ein grobes Konzept, das durch BEKS erarbeitet worden sei. In diesem Konzept sei vorgesehen, dass das Altgerät – soweit es sich um Kühlschränke handle – mindestens zwölf Jahre alt sein und das Neugerät die höchste Energieeffizienzklasse (A+++) haben müsse. Es sei davon auszugehen, dass man anhand dieser Kriterien auch über die Nutzungsdauer, also den gesamten Lebenszyklus des Produkts, zu einer deutlichen CO₂ Minderung komme.

Die Frage von **Herrn Liess**, ob die besagte Stelle aus den zusätzlich bereit gestellten zwei Mio € bezahlt werde, bejaht **Frau Staatsrätin Friderich**.

Herr Liess stellt fest, dass es folglich umso ärgerlicher sei, dass IB bei bereitgestellten Mitteln und eigener Personalaufstockung zu Lasten anderer nicht in der Lage sei, so ein Programm umzusetzen.

Auf Nachfrage von **Herrn Saffe** führt **Herr Dr. Vogt** aus, dass der Austausch von Kühlschränken durch energieeffiziente Neugeräte eine gängige Energiesparmaßnahme sei. Untersuchungen auf Bundesebene zeigten, dass sich die zusätzlichen Umweltbelastungen durch die Produktion des Neugerätes und die notwendige Entsorgung des Altgerätes nach etwa fünf Jahren durch den geringeren Energieverbrauch ökologisch rechnen würden.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt von dem Bericht der Verwaltung Kenntnis.

TOP 6c)	Sachstand zum Beschluss der Bremischen Bürgerschaft „Stromsperrern weitestgehend verhindern - Präventive Maßnahmen erweitern“ -2-	BdV schriftlich
---------	---	--------------------

-ausgesetzt-

TOP 6d)	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Festsetzung der Hochwasserschutzlinie im Land Bremen – hier: Teerhofinsel -34-	BdV schriftlich
---------	--	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Festsetzung der Hochwasserschutzlinie im Land Bremen zur Kenntnis.

TOP 6e)	Schienerpersonennahverkehr im Land Bremen Bericht 2014 -52-	BdV schriftlich
---------	---	--------------------

Herr Jägers möchte wissen, ob es Abzüge vom vereinbarten Entgelt gebe, weil anstatt der bestellten 95 % ein Pünktlichkeitsgrad von nur 80% erreicht werde.

Aus Bremerhaven kommend betragen die Umsteigezeiten oft nur sechs Minuten. Diese seien bei fünf Minuten Verspätung – gemäß der Definition immer noch unverständlicherweise ein pünktlicher Zug- sehr knapp. Die Durchbindung in Hannover weiter nach Berlin oder Frankfurt, sei problematisch. Die RE- Züge müssten beim nächsten Fahrplanwechsel eine bessere Anbindung an den Fernverkehr in Hannover bekommen.

Er fragt nach dem Stand des geplanten Umbaus des Bahnhofs Wulsdorf.

Herr Arndt weist darauf hin, dass auf dem Bhf Sebaldsbrück immer noch kein BOB Ticket gelöst werden könne.

Frau Neumeyer bittet um umgehende Information der Deputierten, sobald ein Termin für die endgültige Durchbindung in Vegesack feststehe.

Herr Hipp kritisiert, dass Zeitkarten für den überregionalen Verkehr nicht mehr an den Automaten der NWB gekauft werden können. Hier bedürfe es dringend einer Verbesserung.

Herr Polzin erklärt, dass die Automaten sukzessive mit den neuen Ausschreibungen über einheitliche Vorgaben angepasst werden. Es werde daher leider noch einige Jahre dauern, bis durchgängig einheitliche Fahrkartenautomaten an den Bahnhöfen vorhanden seien.

Dem Hinweis zum BOB Ticket werde er nachgehen.

Zur Durchbindung in Vegesack würden intensive Gesprächen mit der DB Netz AG geführt. Er sei zuversichtlich, dass noch im Juni der Betrieb aufgenommen werden könne.

Verspätungen seien in drei verschiedene Klassen eingeteilt, 3- 5 Minuten, 5 – 15 Minuten und 15 – 59 Minuten. Bei über 59 Minuten gelte der Zug als ausgefallen. In den Verträgen mit den Eisenbahnverkehrsunternehmen würden Vorgaben gemacht, zu wieviel % in diesen Verspätungsklassen Verspätungen auftreten dürfen. Würden diese überschritten, greife eine Malus- Regelung, d. h. es werden Beträge abgezogen.

Aus Bremerhaven bestehe in Bremen Anschluss an den Fernverkehr IC oder ICE Richtung Hannover und Hamburg. Zuerst fahre der Intercity. Der RE, der mehr Halte habe, fahre

hinterher. In Hannover habe der IC oder ICE Anschluss an den Fernverkehr nach Berlin, der RE nicht. Daher die Empfehlung, dann in Bremen in den IC oder ICE umzusteigen. In der Gegenrichtung aus München oder Berlin kommend, bestehen Umstiegsmöglichkeiten in Hannover auf den RE.

Der Umbau des Bahnhof Wulsdorf wird im Bericht auf Seite 7 unter der Überschrift „Neue Planungsverträge mit der DB im Bestand“ genannt. Allerdings seien die Projekte prioritär, die durch das GVFG- Großvorhabenprogramm zu finanzieren seien, also in erster Linie der Neubau Hemelingen Süd und der Neubau Föhrenstraße.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 6f)	Ausweitung von Großraum- und Schwertransporten auf eine weitere Transportnacht -5-	Vorlage 18/383
----------------	--	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) stimmt der grundsätzlichen Ausweitung auf eine weitere Transportnacht zu.

TOP 7	Verschiedenes	
TOP 7a)	Bericht zur Flächennutzungsplanung an der Ihle	

Der Berichtswunsch von Herrn Liess wird schriftlich zu einer der nächsten Sitzungen vorgelegt.

TOP 7b)	Erwartung von Schäden durch den Eichenprozessions- spinner und Umgang damit im Land Bremen	
----------------	---	--

Der Berichtswunsch von Herrn Saxe wird schriftlich zu einer der nächsten Sitzungen vorgelegt.

Herr Senator Dr. Lohse schließt die 32. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Sprecher

Protokoll